

Viele Stimmbürger statt Stummbürger

- 19.10.2023
- Schaffhauser Nachrichten
- Andreas Schiendorfer

Seit hundert Jahren besetzt Schaffhausen bezüglich Wahlbeteiligung den Schweizer Spitzenplatz. Dies liegt nicht nur an der Wahlpflicht. Damit dies so bleibt, müssen 60 Prozent an den Wahlen teilnehmen. Andreas Schiendorfer Schaffhausen ist der einzige Kanton in der Schweiz, in dem Stimmpflicht gilt. Dies wird am 5.

September 1982 zementiert: Das Resultat fällt allerdings mit 64 Prozent Ja-Stimmen knapper aus als erwartet, das Politestablishment ist sich seiner Sache offensichtlich zu sicher gewesen. Zuvor hat nämlich der Grosse Rat unter dem Vorsitz des späteren Ständerats Bernhard Seiler die Volksinitiative für die Aufhebung des Stimmzwangs einstimmig bachabgeschickt - und sich dabei zu rhetorischen Meisterleistungen aufgeschwungen: Stimmen sei «Ehrenpflicht», betont Richard Mink, und Walter Wolf ergänzt: «Wer nicht stimmt, hat ein schlechtes Gewissen, und das wollen wir ihm nicht nehmen.» Gemeindedirektor Kurt Waldvogel wiederum erklärt, man dürfe sich freuen, «Stimmbürger und nicht Stummbürger» zu haben. 2002 wird die Stimmpflicht in der neuen Kantonsverfassung verankert. Sie bleibt uns damit noch für längere Zeit erhalten.

Nur zweimal nicht an der Spitze Schaffhausen nimmt seit der Einführung des Proporzwahlverfahrens für den Nationalrat mit Ausnahme von 1939 und 2011 - sowie 1951/1955, als nur stille Wahlen durchgeführt werden - stets und damit 23 Mal die Spitzenposition ein, also auch in den langen Jahrzehnten, in denen andere Kantone wie Aargau, St. Gallen, Thurgau, Waadt oder Zürich die Stimmpflicht ebenfalls kennen. Bei der ersten Proporzwahl teilen sich 1919 die stimpflichtigen Schaffhausen und St. Gallen mit je 91,1 Prozent die Spitzenposition, 1939 muss man mit 88,6 Prozent knapp dem Aargau die Führung überlassen. 2011 aber ereignet sich - aus spezifischer Sicht der Stimmbeteiligung - ein kleines Drama: Hinter Obwalden, dem Wallis und Nidwalden reicht es Schaffhausen mit 60,8 Prozent gerade noch zum vierten Platz.

Die amtierenden Nationalräte Thomas Hurter und Hans-Jürg Fehr werden problemlos wiedergewählt. Die von den anderen Parteien vorgelegten Alternativen veranlassen etliche Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, keinen Wahlzettel in die Urne zu legen. Beim gleichzeitigen Kampf um den zweiten Ständeratssitz hinter Hannes Germann, um den sich Thomas Minder, Christian Heydecker, Matthias Freivogel und Herbert Bühl streiten, beträgt die Stimmbeteiligung immerhin 64,5 Prozent. Das zeigt, dass die aufgestellten Personen das Wahlverhalten ebenfalls beeinflussen. Und tatsächlich wird Minder erst im zweiten Urnengang gewählt.

Enttäuschend aus statistischer Sicht verlaufen auch die Wahlen von 2019. Zwar erobert sich Schaffhausen seine Spitzenposition zurück, doch mit lediglich 59,6 Prozent Stimmbeteiligung sinkt man erstmals unter die 60 -Prozent-Marke. Mehr als nur Stimmpflicht In jedem anderen Kanton würde man wohl von einem Jammern auf hohem Niveau sprechen. Und gleichzeitig den Schaffhauser Vorsprung allein auf den nicht abgeschafften Stimmzwang zurückführen. Zwar verstärkt der Stimmzwang das politische Interesse, mobilisiert Zaudernde und fördert die partizipative Demokratie, doch dies allein erklärt nicht, warum hier das politische Mitbestimmen durch Stimmen tiefer verwur-93 Prozent betrug die Schaffhauser Stimmbeteiligung bei den Nationalratswahlen 1931.

Insgesamt sieben Mal betrug die Stimmbeteiligung mindestens 90 Prozent, zuletzt 1943. Zeit als in anderen Regionen ist. Zur Erklärung des Schaffhauser Politphänomens greift man gerne auf Begriffe wie politisch-gesellschaftliche DNA, Tradition oder aktive Bürgerkultur zurück. Doch auch die Kleinräumigkeit und die Ausgeglichenheit des bürgerlichen und linken Spektrums spielen eine Rolle. Hier kann jede Stimme mitentscheiden.

Jede Stimme zählt Gelingt Schaffhausen wiederum der Sprung auf die Spitzenposition? Die Zahl der bislang eingegangenen Stimmcouverts ist zwar etwas tiefer als vor vier Jahren - gemäss

Stadtschreiberin Yvonne Waldvogel sind es bis Dienstag Mittag rund 6500 doch die Zwischenbilanz in anderen Städten ist nicht besser. «Es ist üblich, dass wir in den letzten Tagen die meisten Couverts bekommen», erklärt Waldvogel. «Insgesamt stimmen etwa 80 Prozent brieflich ab.» Möglich ist dies mit dem mit A-Post vorfrankierten Couvert bis Freitag. Man kann es auch bis Sonntag, 11 Uhr, beim Stadthaus einwerfen - oder an die Urne gehen.

Wenn die Gesamtbeteiligung nun wieder auf über 60 Prozent steigen soll, kann die Devise nur lauten: Jede Stimme zählt. Was Schweizerinnen und Schweizer mobilisiert
Wie hoch kletterte die Wahlbeteiligung in der Schweiz maximal? Die Wahlbeteiligung in der Schweiz ist in den letzten hundert Jahren kontinuierlich gesunken. 1919 betrug sie rekordhohe 80,4 Prozent - in Schaffhausen und St. Gallen gar 91,1 Prozent. Vier Jahre später setzte sich Schaffhausen alleine an die Spitze der Wahlbeteiligung und steht dort seither fast durchgehend.

Vor, während und nach den Weltkriegen bewegte sich die schweizweite Wahlbeteiligung zwischen 70 und 80 Prozent. 1959 fiel sie auf unter 70 Prozent, 1971 auf unter 60 und acht Jahre später auf unter 50 Prozent. In Schaffhausen hingegen fiel sie erst 1987 überhaupt erst auf unter 70 Prozent, vor vier Jahren dann erstmals unter 60.
2 Welche Gemeinde in der Schweiz hat die höchste und welche die tiefste Wahlbeteiligung? 2019 verzeichnete die Gemeinde Ergisch im Kanton Wallis die höchste Stimmbeteiligung mit 85,4 Prozent. Merishausen im Kanton Schaffhausen belegte mit den 76,2 Prozent den siebten Platz.

Die niedrigste Beteiligung zählte vor vier Jahren mit 23,2 Prozent die Gemeinde Cama im Kanton Graubünden. Ebenfalls tief war sie in Feuerthalen mit 39,6 Prozent.
3 Ist der Rekord der Stimmbeteiligung höher als jener der Wahlbeteiligung? Ja. Die höchste je erzielte Stimmbeteiligung kam 1922 mit 86,3 Prozent bei der Initiative über eine einmalige Vermögensabgabe zur Tilgung der während des Ersten Weltkriegs gemachten Schulden zustande. Die zweithöchste Quote erbrachte während der Weltwirtschaftskrise die sogenannte Kriseninitiative von 1935 mit 84,3 Prozent.

4 Welche Abstimmungen mobilisierten schweizweit am meisten? Die letzte Abstimmung mit einer sehr hohen Beteiligung von 78 Prozent war jene über den EWR-Beitritt 1992. Danach wurde die 60-Prozentmarke nur bei zwei Abstimmungsterminen wieder überschritten: 2016 bei der Durchsetzungsinitiative der SVP. Die hohe Stimmbeteiligung von rund 63 Prozent färbte auch auf die drei weiteren Vorlagen dieses Abstimmungssonntags ab. Studien zeigen ebenfalls, dass Themen zur EU sowie Ausländerfragen stark mobilisieren. Das zweite Mal 2021 überschritt die Beteiligung die 60-Prozentmarke bei der Abstimmung über das Covid-Gesetz sowie die Pflegeinitiative.

Auch das bestätigt die Erkenntnis der Forschung, wonach Krisenzeiten ebenfalls mehr Leute an die Urne bringen. Die Stimmbeteiligung lag in den letzten zehn Jahren jedoch durchschnittlich bei 47 Prozent. Dies, nachdem sie in der Nachkriegszeit markant abgefallen war - auch wegen der Aufhebung der Stimm- und Wahlpflicht in allen Kantonen ausser Schaffhausen.
5 Wie steht die Schweiz im Vergleich zum Ausland da? Im direkten Vergleich ist die Wahlbeteiligung in der Schweiz markant tiefer als in anderen Ländern. Bei den deutschen Bundestagswahlen und den Österreichischen Nationalratswahlen legen jeweils zwischen 70 und 80 Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme in die Urne.

Bei den amerikanischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erreicht die Beteiligung 50 bis 65 Prozent. Es gibt auch Länder, die - wie der Kanton Schaffhausen auf eine Wahlpflicht mit Androhung einer Geldstrafe setzen. Dazu gehört beispielsweise Australien, dessen Wahlbeteiligung seit Jahrzehnten zwischen 90 und 96 Prozent liegt. Der direkte Vergleich täuscht jedoch darüber hinweg, dass die direktdemokratische Partizipation in der Schweiz ungleich häufiger stattfindet als in anderen Ländern. Eine Studie zeigte beispielsweise, dass innert einer Legislaturperiode in der Stadt St.

Gallen 81 Prozent der Stimm- und Wahlberechtigten mindestens einmal an die Urne gingen. (Katrin Schregenberger) SN-Parole Ständerat Die Schweiz mit klugen Lösungen voranbringen
Wenn Herausforderungen für die Schweiz und damit die Menschen in diesem Land grösser werden, dann will gut abgewogen sein, wen der Kanton Schaffhausen für die nächsten vier Jahre

in den Ständerat schickt. Mit Hannes Germann tritt ein erfahrener Politiker mit einem ausgezeichneten Netzwerk und einem Gespür für die Anliegen der Menschen wieder an - und verdient erneut das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler: «Er sucht nicht die grosse Schlagzeile für sich, ist kein Blender.» Ersucht nicht die grosse Schlagzeile für sich, ist kein Blender, sondern setzt sich für Lösungen ein. Mit Nina Schärker sticht eine Politikerin aus dem Feld der Herausforderer heraus: Sie vereinigt das Verständnis für wirtschaftliche Themen mit dem Bewusstsein für die Anliegen mittelständischer Familien.

Kombiniert mit ihrem freiheitlichen Kompass kann sie wichtige Akzente in die Debatte einbringen - zugunsten des Landes und zugunsten des Kantons. Die SN empfehlen Hannes Germann und Nina Schärker zur Wahl. SN-Parole Nationalrat Freiheit und Verantwortung stärken Steigende Krankenkassenprämien, die Altersvorsorge, ein kluger Umgang mit der Zuwanderung, ein sorgsames Handhaben der Neutralität - die Politik hat alle Hände voll zu tun. Gefragt sind nicht nur blosse Rezepte. Vor allem braucht es eine politische Grundhaltung, die von Freiheit und Verantwortung ausgeht - wo die Menschen selbst zu Lösungen beitragen können, soll der Staat nicht aktiv werden.

Die Redaktion der «Schaffhauser «Die Politik hat alle Hände voll zu tun. Gefragt sind nicht nur blosse Rezepte.» Nachrichten» ist überzeugt, dass eine solche bürgerliche Haltung im Bundesparlament gestärkt werden soll. Umgemünzt auf die Nationalratswahlen empfiehlt die SN-Redaktion daher, bürgerliche Listen in die Wahlurnen zu legen. Zwei davon scheinen besonders aussichtsreich, die Listen 1 und 3 mit Thomas Hurter (SVP) und Severin Brüngger (FDP).

Hurter kann als Verkehrspolitiker für die Region Akzente setzen. Und Brüngger hat auf kantonaler Ebene bewiesen, dass er klar bürgerlich politisiert..